



Kürzungen verschärfen die Krise!

Unsere Alternative:

Überfluss besteuern, in die Zukunft investieren

Ja zu Vorschlägen, die

- Vermögen und Kapitaleinkommen höher besteuern und ein gerechteres Steuersystem schaffen
- Steuerprivilegien für große Unternehmen abbauen
- die Krisenursachen – vor allem die ungleiche Verteilung von Vermögen – bekämpfen
- die entfesselten Finanzmärkte – eine der zentralen Krisenursachen - bändigen
- die Daseinsvorsorge sichern und ausbauen

Nein zu Vorschlägen, die

- die kleineren und mittleren Einkommen verringern
- Sozialleistungen reduzieren oder abbauen
- Arbeitsplätze vernichten
- die Schere zwischen Arm und Reich noch mehr vergrößern



Zukunftspaket statt Krisenverschärfungspaket!

Kürzungen bei staatlichen Ausgaben, die

- kleinere oder mittlere Einkommen verringern,
- sozial sinnvolle Arbeitsplätze abbauen (z. B. Kinderbetreuung, Schulen etc.),
- den Zugang zu Sozialleistungen verschlechtern und
- Zukunftsinvestitionen (z.B. in den ökologischen Umbau der Wirtschaft) reduzieren

sind allesamt keine sinnvollen Maßnahmen um die öffentlichen Schulden zu reduzieren.

Warum?

Wenn in einer Volkswirtschaft, alle AkteurInnen – von den privaten Haushalten über die Unternehmen bis hin zum Staat – sparen, führt das geradewegs in die Rezession. Denn eine Volkswirtschaft ist ein Kreislauf und funktioniert anders als der Haushalt einer Familie.

Wenn Beihilfen und Förderungen für Menschen bzw. Familien mit einem kleinen Einkommen gekürzt werden, können sie weniger Güter des täglichen Lebens konsumieren. Unternehmen spüren diesen Rückgang der Nachfrage und tätigen folglich keine neuen Investitionen. Im Gegenteil, immer mehr entlassen MitarbeiterInnen, kürzen die Löhne oder verschlechtern die Arbeitsbedingungen. Jede/r Arbeitslose mehr bedeutet aber höhere Ausgaben für den Staat. Wenn nun auch der Staat seine Investitionen kürzt (z. B. in den Ausbau von Kindergärten oder Pflegeeinrichtungen) und die Ausgaben für soziale Dienstleistungen und Beihilfen senkt (z. B. Beihilfen für pflegebedürftige Menschen oder Familien), werden noch mehr Menschen arbeitslos bzw. haben geringere Einkommen. Die Senkung der Ausgaben wird durch geringere Einnahmen und steigende Ausgaben v. a. durch die steigende Zahl der Arbeitslosen wettgemacht. Die Schulden würden nicht verringert, sondern erhöht.

So logisch es für einen einzelnen klingen mag, dass man nicht mehr ausgeben kann als man hat, so unlogisch und kontraproduktiv ist diese Logik in Zeiten von Wirtschaftskrisen für den Staat. Im Gegensatz zum einzelnen Menschen **verringern (!)** sich die Einnahmen des Staates wenn er in dieser Situation „spart“: Dadurch wird die Konjunktur abgewürgt, die Steuereinnahmen sinken und Ausgaben steigen und somit auch die Schulden! Nur dann, wenn ausschließlich jene Bürger und Bürgerinnen belastet werden, die so viel Geld bzw. Vermögen besitzen, dass sie es ohnehin nicht ausgeben können (jene 10% der Vermögenden, die mehr als 60% des Vermögens in Österreich besitzen), tritt dieser Effekt nicht ein.

Das von der Regierung geplante Sparpaket enthält viele Kürzungsvorschläge, die die Krise verschärfen werden. Anstatt also „Schulden abzubauen“ wird mit dem Sparpaket auch in Österreich das Gegenteil erreicht: Die Schulden werden weiter steigen. Das zeigen die Ergebnisse jener Staaten, die eine solche Politik bereits verfolgen, nur allzu deutlich.

Kürzen erhöht die Schulden – die Beispiele Griechenland und Großbritannien	
Jahr	Staatsschulden in % des Bruttonationalprodukts
Griechenland: Scharfer Kürzungskurs unter dem Diktat von EU und Weltbank	
2008	110%
2009	127%
2010	142%
2011	165,50%
Großbritannien: Scharfer Kürzungskurs selbst verordnet	
2008	52%
2009	68%
2010	76%
2011	81%

Daher geht es jetzt darum, alle Kürzungsmaßnahmen zu verhindern, die krisenverschärfend sind. Stattdessen müssen wir jene Vorschläge vorantreiben, die tatsächlich die Schulden reduzieren und gleichzeitig bei den Ursachen der Krise ansetzen.

Die Allianz „Wege aus der Krise“ hat 2010 und 2011 ein zivilgesellschaftliches Budget vorgelegt, welches dem Ansatz „Überfluss besteuern, in die Zukunft investieren“ folgt und beim Problem der enorm ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen ansetzt. Es geht also um die Einführung von Steuern auf große Vermögen, die Einführung von Steuern auf noch unbesteuerte Kapitaleinkommen (z. B. aus der Spekulation mit Immobilien), auf Finanztransaktionen und um die Abschaffung von Steuerprivilegien für große Unternehmen.

Unser Zukunftspaket

Für das Budget 2012

Einnahmenseite	in Mio €
Stiftungssteuer	
<i>Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen mit 25 %</i>	167
Anhebung des Einkommens-/Lohnsteuersatzes für hohe Einkommen	200
Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 300 Euro	267
Abschaffung der Steuerprivilegien bei Kapitaleinkommen	
<i>Besteuerung Wiederveräußerungsgewinn bei Grundstückan/verkäufen (25%)</i>	133
<i>Besteuerung von Wertpapierkursgewinnen mit 25%</i>	50
<i>Erhöhte Vorauszahlung der Körperschaftssteuer</i>	300
Reform von Ökosteuern, die der Umwelt nützen	
<i>Erhöhung des Sachbezugswertes für die private Nutzung von teuren Firmenwagen</i>	200
<i>Einführung der NOVA auch für Klein-LKWs</i>	30
<i>Halbierung Mineralölsteuerrückvergütung für Landwirtschaft</i>	25
Grundsteuer - Verdoppelung der Hebesätze	200
Börsenumsatzsteuer	200
Summe	1.772

Die hier vorgeschlagenen Steuern, Steuererhöhungen bzw. Reformen von Steuerbefreiungen basieren auf dem von uns vorgelegten zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget und sind sofort budgetwirksam, d. h. unmittelbar nach der Verabschiedung durch den Nationalrat fließen diese Steuergelder in den Staatshaushalt. Warum ist das wichtig? Weil der Staatshaushalt – im Gegensatz zur Bilanz eines Unternehmens – keine Vermögensrechnung darstellt, sondern nur die Einnahmen und Ausgaben berücksichtigt, die im konkreten Jahr tatsächlich zugeflossen sind bzw. ausgegeben wurden. Wird also z. B. die Einkommensteuer 2012 (wie bei Selbstständigen üblich) erst 2013 abgerechnet, erfolgt die Nachzahlung wegen gestrichener Steuerlücken auch erst 2013 und wird erst 2013 verbucht.

Unsere Steuervorschläge erlauben den Abbau der Schulden auf der Basis von folgenden Prinzipien: sozial gerecht, umverteilend und ökologisch nachhaltig.

Die Differenz der Einnahmen in diesem Vorschlag und jenem vom Oktober 2011 ergibt sich daraus, dass die Umsetzung bzw. Budgetwirksamkeit ab Mai 2012 berechnet ist. Wenn der Nationalrat diese Steuern im April beschließt, können sie ab Mai 2012 umgesetzt werden.

Unser Zukunftspaket

Für Budget 2012

Konjunkturpaket	in Mio €	Beschäftigungseffekte
Thermische Sanierung	100	2.200
Flächendeckender 1-Studentakt für bestehendes Regionalbahnen-Netz	45	
Ausbau der mobilen Pflege, des Pflegedienstes	100	7.000
Aktive Arbeitsmarktpolitik	35	2.650
Ausbau Kinderkrippen, Kindergärten & Vorschulen	45	1.500
Summe	325	13.350

Neben der einnahmeseitigen Sanierung des Staatshaushaltes, braucht es jetzt auch Investitionen, die wirtschaftliche Impulse setzen, Arbeitsplätze schaffen und dabei soziale Infrastruktur und Dienstleistungen ausbauen, sowie den ökologischen Umbau der Wirtschaft vorantreiben.

Unterstützen Sie unser Zukunftsbudget



Aktion: „Ja zu einem Zukunftsbudget“

www.wege-aus-der-krise.at